



Kontakt:
Norbert Bernholt
Am Butterberg 16
21335 Lüneburg
Tel.: 04131-7217450
e-mail: nbernholt@t-online.de

Putins Angriffskrieg stoppen
– zur Europäischen Friedenspolitik zurückfinden
Erklärung der Akademie Solidarische Ökonomie zum Ukraine-Krieg
16. März 2022

Ausgangspunkt

Seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 und nach ungunstigen Entwicklungen und überheblichen Verhaltensweisen der Nato im Umgang mit Russland hat sich Putin auf einen autokratischen und destruktiven Machtkurs nach innen und nach außen begeben. Die Rolle der Nato hat Horst Teltschik (ehemaliger Chef der Abteilung für auswärtige Beziehungen unter Kanzler Helmut Kohl und Sonderbeauftragter bei den Verhandlungen zur deutschen Einheit) schon 2019 als eine Entwicklung beschrieben, die die von Putin immer wieder ins Spiel gebrachten Sicherheitsinteressen Russlands von der Nato aufs Größte ignoriert und missachtet.¹

Das Missachten russischer Sicherheitsinteressen und die eigene Kriegsgeschichte der Nato bzw. der USA ist allerdings keine Erklärung und Entschuldigung für den völkerrechtlichen Verstoß Putins, gewalttätig, zerstörerisch und blutvergießend über die Ukraine in kriegerischer Absicht herzufallen. Diese Entscheidung ist auch auf Putins narzisstische despotische Persönlichkeit zurückzuführen, aber mehr noch auf sein Großmachtstreben, Russland zu einer altrussischen euroasiatischen Großmacht aufzubauen. Das macht es sehr schwierig, wie dieser aus „dem Ruder geratenen „Entscheider“ wieder dazu gebracht werden kann, sich auf konstruktive Verhandlungen mit der Ukraine und mit der Nato einzulassen und darin auch für sich eine Perspektive zu sehen.

Unsere Überlegungen und Empfehlungen zum jetzigen Zeitpunkt

Dieser verbrecherische Krieg muss unter allen Umständen sofort beendet werden! Die Folgen einer Fortführung sind für alle Beteiligten unerträglich, für die Menschen in der Ukraine und in Russland, aber auch für uns Menschen in Deutschland, in der EU und in der Nato. Zudem ist in diesem Krieg die Gefahr eines nuklearen Infernos so nah, wie bis her nur in der Kuba-Krise 1962.

In der jetzt geschaffenen Eskalationssituation liegen die Entscheidungs- und Einwirkungshebel nicht nur bei Putin, sondern auch bei der deutschen Regierung, der EU und der Nato.

Allerdings gehen wir davon aus, dass Putin zurzeit nicht freiwillig an den Verhandlungstisch zurückkommt. Er wird weiter versuchen, sich mit Gewalt eine Ausgangs-

¹ Horst Teltschik „Russisches Roulette – Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden“ 2019

position der Stärke zu verschaffen. Das würde wahrscheinlich ein völliges Zerstören der Ukraine bedeuten, wie er es mit seinen militärischen Einsätzen schon in Grosny (Tschetschenien) und in Aleppo (Syrien) exerziert und erprobt hat.

Wir, besonders in Deutschland haben mit Wirtschaftssanktionen ein wirkungsvolles Mittel, Putin dazu zu bringen, den Krieg zu stoppen und an den Verhandlungstisch zurück zu kehren.

Wir teilen die Einschätzung der Frankfurter Rundschau vom 10.03.22: „Richtig schmerzhaft wird es für Putin erst, wenn die EU und Deutschland sich zu einem kompletten Boykott von Gas, Kohle und Öl aus Russland entscheiden.“ Gelehrte der „Leopoldina“ und anderer anerkannter Wirtschaftsinstitute halten die Auswirkungen eines sofortigen Lieferstopps für Erdgas aus Russland für die deutsche Volkswirtschaft für „handhabbar“ und „im Vergleich zu den Kosten der Corona-Krise für moderat“.

Um den Einsatz dieses entscheidenden Mittels wirkungsvoll und ergebnisorientiert einsetzen zu können, halten wir folgendes Vorgehen der deutschen Regierung für sinnvoll und zielführend:

1. Eine sofortige Verständigung mit der EU und der Nato, dass Deutschland mit der EU und weiteren Staaten eine totalen Boykott der Rohstofflieferung aus Russland realisieren. Diese Sanktionen sollten so gestaltet werden, dass die Belastungen für das russische Volk möglichst gering sind.
2. Diese Option wird Russland mit der Öffnungsklausel vermittelt, dass dieses Embargo sofort aufgehoben wird, wenn Putin seine Truppen aus der Ukraine zurückgezogen hat und ernsthafte Verhandlungen mit der Regierung in der Ukraine führt.
3. Als wichtiges EU- und Nato-Mitglied verpflichtet sich die deutsche Regierung, die Sicherheitsinteressen Russlands in den dann anstehenden Verhandlungen wirklich ernst zu nehmen, sich für eine Neutralität der Ukraine einzusetzen und auf eine tragfähige, Russland einbeziehende friedensstiftende Sicherheitsordnung in Europa hinzuwirken
4. Die deutsche und europäische Politik muss sich trotz dieser russischen Aggression verstärkt danach ausrichten, dass wir für eine gerechte Friedensordnung in Europa und für eine sehr schnelle Bewältigung der Klimakrise aufeinander angewiesen sind und deshalb erneut mit Russland zusammenarbeiten müssen.
5. Da die Sanktionen und Boykotts für die deutsche Bevölkerung und Wirtschaft erhebliche Auswirkungen hätten, muss die deutsche Regierung der eigenen Bevölkerung einiges abverlangen und das unbedingt offensiv und konstruktiv kommunizieren. Dazu wären u.a. folgende Erkenntnisse bedeutsam:
 - Durch unseren Beitrag tragen wir alle zur Friedenswiederherstellung und des Stopps der Zerstörung und des Tötens bei.
 - Dieser Beitrag wäre ein deutliches und wirkungsvolles Zeichen „gewaltfreien Widerstands“ gegen diese kriegerische Intervention.

- Wir alle können durch diese Erfahrung lernen, dass diese Einschnitte, z.B. durch den schnellstmöglichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern nicht nur um des Friedens nötig sind, sondern ebenso und noch mehr, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden. Wir werden dabei erfahren, dass wir auf diesem Weg zu einem solidarsicheren und zukunftsfähigeren Leben finden.
 - Damit das von uns allen und allen politischen Verantwortlichen auch verstanden und kommuniziert wird, treten wir für die Schaffung öffentlichen Diskurs-Orte ein, in der viele Menschen an der Meinungs- und Willensbildung beteiligt werden.
6. Wir meinen, dass die von der Bunderegierung angesagte „180 Gradwende“ in der deutschen Friedenspolitik mit massiver militärischer Aufrüstung und Aufstockung der Finanzmittel für den Rüstungsetat ein gefährlicher Irrweg ist: Er ist ein Rückfall in das überholte Paradigma des Wettrüstens und des alten Blockdenkens und wird die Menschheit in Verbindung mit einer Umweltkatastrophe in eine atomare Katastrophe stürzen.
- Nötig ist vielmehr, das neue Friedenspolitische Denken, das im Helsinki-Prozess und in dessen Schlussakte, in den Friedenbewegungen, in Gorbatschows Friedenspolitik und in den Abrüstungsverträgen der 80-Jahre Gestalt gefunden hat, aktiviert und aktualisiert wird. Dazu gehören die „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“, konkret das unbedingte politische Primat der gemeinsamer Sicherheit, vertrauensbildender Maßnahmen und Vorleistung in der Abrüstung.
- Das kann durchaus konform sein mit dem Selbstverteidigungsrecht eines überfallenen Staates, mit den oben beschriebenen politischen Maßnahmen von Boykotts und Sanktionen durch andere Staaten und mit einem militärischen Mandat der UNO.
- Mittel- bis langfristig muss das außenpolitische Gewaltmonopol der Staaten an die Vereinten Nationen und ihrer Friedenseingreiftruppen übergeben werden.

Diese Erklärung haben wir mit persönlichem Anschreiben auch an die deutsche Regierung gerichtet, und zwar in Form einer Bittschrift, ein sofortiges Embargo russischer Rohstofflieferungen zu beschließen.

Für den Koordinierungskreis der Akademie



Norbert Bernholt

Bernd Winkelmann

Peter Girmendonk